MERKUR

Gegründet 1947 als Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken

Albrecht Koschorke, Twitter, Trump und die Demokratie
Nora Bierich, Gerhard Richters Birkenau-Zyklus
Heinrich Bosse, Kaufmännisches Rechnen

Florian Meinel, Rechtskolumne. Verhältnismäßig grenzenlos
Bernhard J. Dotzler, Orientierung im Weltall
Jan-Werner Müller, Le Roi-Machine. Pierre Rosanvallon
Timo Luks, Silvia Federicis Kapitalismustheorie

Wolfgang Fach, Der verseuchte Staat
Patrick Eiden-Offe, Hegel lesen
Maike Salazar Kämpf, Die statistische Übermacht
Susanne Neuffer, Flugstunde
Robin Detje, Das deutsche Volk

74. Jahrgang, September 2020
Klett-Cotta

856

MERKUR

Gegründet 1947 als Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken

Der Merkur ist eine Kulturzeitschrift, wobei der Begriff der Kultur in denkbar weitem Sinne zu verstehen ist. Er erscheint monatlich und wendet sich an ein anspruchsvolles und neugieriges Publikum, das an der bloßen Bestätigung der eigenen Ansichten nicht interessiert ist. Mit kenntnisreichen und pointierten Essays, Kommentaren und Rezensionen hält der Merkur gleichermaßen Distanz zum Feuilleton wie zu Fachzeitschriften. Die Unterzeile »Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken« formulierte bei der Gründung im Jahr 1947 das Bekenntnis zu einer weltanschaulich unabhängigen Form von Publizistik, die über kulturelle und nationale Grenzen hinweg alle intellektuell relevanten Debatten ihrer Zeit aufnehmen wollte. Auch wenn der Horizont für ein solches Unternehmen sich mittlerweile deutlich erweitert hat, trifft das noch immer den Kern des Selbstverständnisses der Zeitschrift.

Heft 856, September 2020, 74. Jahrgang
Herausgegeben von Christian Demand und Ekkehard Knörer
Gegründet 1947 von Hans Paeschke und Joachim Moras
Herausgeber 1979–1983 Hans Schwab-Felisch
1984–2011 Karl Heinz Bohrer
1991–2011 Kurt Scheel
Lektorat / Büro: Ina Andrae
Redaktionsanschrift: Mommsenstr. 27, 10629 Berlin
Telefon: (030) 32 70 94 14 Fax: (030) 32 70 94 15
Website: www.merkur-zeitschrift.de
E-Mail: redaktion@merkur-zeitschrift.de
Der Merkur wird unterstützt von der Ernst H. Klett Stiftung Merkur.
Partner von Eurozine, www.eurozine.com

Verlag und Copyright: © J. G. Cotta’sche Buchhandlung Nachfolger GmbH,
Postfach 106 016, 70049 Stuttgart, Tel. (0711) 66 72-0, www.klett-

cotta.de · Geschäftsführer: Dr. Andreas Falkinger, Philipp Haußmann, Tom Kraushaar. ·
Leiter Zeitschriften: Thomas Kleffner, th.kleffner@klett-cotta.de · Media-Daten: www.merkur-zeitschrift.de/
media · Manuskripte: Für unverlangt und ohne Rückporto eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. · Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 4. August 2020· Gestaltung: Erik Stein · Satz und E-Book-Umsetzung: Dörlemann-Satz GmbH & Co. KG, Lemförde

Bezugsbedingungen: Der Merkur erscheint monatlich. Preis 14 €; im Abonnement jährlich 140 € / 162 sFr; für Studenten gegen Vorlage einer Bescheinigung 96 € / 114 sFr; alle Preise jeweils zzgl. Versandkosten. · Die elektronische Version dieser Zeitschrift mit der Möglichkeit zum Download von Artikeln und Heften finden Sie unter www.volltext.merkur-zeitschrift.de. Der Preis für das elektronische Abonnement (E-Only) beträgt 140 € / 162 sFr; für Studenten und Postdocs gegen Vorlage einer Bescheinigung 48 €; für Privatkunden, die gleichzeitig die gedruckte Version im Abonnement beziehen, 20 € / 28 sFr. Im jeweiligen Preis der elektronischen Abonnements ist der Zugriff auf sämtliche älteren digitalisierten Jahrgänge enthalten. Preise für Bibliotheken und Institutionen auf Anfrage. Alle genannten Preise enthalten die zum Zeitpunkt des Kaufs gültige Mehrwertsteuer. In Drittländern jenseits der Schweiz (und außerhalb der EU) gelten die angegebenen Preise netto. · Die Kündigung des Abonnements muss spätestens vier Wochen vor Ende des Bezugszeitraums in schriftlicher Form erfolgen. Ansonsten verlängert es sich automatisch um ein Jahr. Die Mindestbezugsdauer beträgt ein Jahr.

Abonnementverwaltung (falls vorhanden, bitte Ihre Kundennummer angeben):
Leserservice Verlag Klett-Cotta, Postfach 13 63, 82034 Deisenhofen, Telefon (0 89) 8 58 53-868, Fax (0 89) 8 58 53-6 28 68.
E-Mail: klett-cotta@intime-media-services.de
Die Verteidigung demokratischer Spielregeln ist nicht einfach als Dominanzgebaren von Eliten zu diskreditieren. (S. 5) Gerhard Richters Birkenau-Zyklus ist zum Fetisch einer Kunst der Vergangenheitsbearbeitung geworden, für die das Werk selbst bei genauer Betrachtung allerdings wenig leistet. (S. 16) Die Aufklärung hat dem Profitprinzip Tor und Tür geöffnet, indem sie den Wunsch sich zu bereichern stimuliert und zugleich die herkömmlichen Privilegien beseitigen will. (S. 27)
Das Bundesverfassungsgericht hat sich auf den Weg gemacht, die EZB und den BND durch Abwägungslasten und Verhältnismäßigkeitsanforderungen verfassungsrechtlich zu disziplinieren. (S. 43) Die Frage ist nicht so sehr, ob der Mensch im Weltall seinen Orientierungssinn verliert oder nicht, als vielmehr, ob dies nicht etwa eine eher sinnlose Frage ist. (S. 50) Pierre Rosanvallon ist einer der wichtigsten politischen Denker Frankreichs. Anders als bei den meisten begann seine Karriere nicht an einer der Eliteuniversitäten des Landes. (S. 57) In

Silvia Federicis Werk tummeln sich Gestalten, die nicht zum Repertoire etablierter Theorien und Geschichten des Kapitalismus gehören: alte und neue Hexen, sorgende Hausfrauen, Schwangere und Leihmütter, Prostituierte und Altenpflegerinnen. (S. 65)
Grenzkontrollen, Quarantänepläne, Desinfektionsmittel, Hygienevorschriften – was auch immer (hoffentlich) hilft, hat Konjunktur: Die Seuche ist der Souverän. (S. 75) Wenn Hegel in der Ordnung die Unordnung sieht – und sich die Ordnung gar nicht anders denken kann als durchsetzt von Unordnung –, dann ist Hegels Humor unmittelbar politisch. (S. 84) Auf die Spitze getrieben kann eine Übermacht der Statistik zur Auflösung aller geisteswissenschaftlichen Disziplinen führen. (S. 91) Der Teppich reagiert wie ein gutwilliges Pferd und bricht dann in eine kraftvolle Linkskurve aus. (S. 95) Das deutsche Volk ist, sobald es keinen Tyrannen mehr über sich hat, ein tyrannisches Volk. (S. 101)
ISSN Print 0026-0096 / ISSN Online 2510-4179 www.merkur-zeitschrift.de
ISBN 978-3-608-11180-4

Inhalt

Autorinnen und Autoren

Zu diesem Heft

BEITRÄGE

Albrecht Koschorke
Twitter, Trump und die (Ent)Demokratisierung der Demokratie

Nora Bierich
Werk mit Autoren.
Gerhard Richters Birkenau-Zyklus

Heinrich Bosse
Aufklärung und Kapitalismus (II).
Kaufmännisches Rechnen

KRITIK

Florian Meinel
Rechtskolumne.
Verhältnismäßig grenzenlos

Bernhard J. Dotzler
Orientierungssinnlosigkeit

Jan-Werner Müller
Le Roi-Machine.

Der ungewöhnliche Intellektuelle Pierre Rosanvallon

Timo Luks
Hexen und Leihmütter.
Silvia Federicis Kapitalismustheorie

MARGINALIEN

Wolfgang Fach
Seuche der Menschen, Seuche des Staates

Patrick Eiden-Offe
Ein Gespräch über Bäume

Maike Salazar Kämpf
Die statistische Übermacht oder: Eine Verteidigung der Theorie

Susanne Neuffer
Flugstunde.
Eine Geschichte aus dem April 2020

Robin Detje
Das deutsche Volk

Vorschau

Albrecht Koschorke, geb. 1958, Professor für Neuere Deutsche Literatur und Allgemeine Literaturwissenschaft an der Universität Konstanz. 2016 erschien *Adolf Hitlers »Mein Kampf«. Zur Poetik des Nationalsozialismus*. albrecht.koschorke@uni-konstanz.de

Nora Bierich, geb. 1958, Übersetzerin. ne@bierich.net

Heinrich Bosse, geb. 1937, Dozent. 2012 erschien *Bildungsrevolution 1770–1830*. heinrich.bosse@germanistik.uni-freiburg.de

Florian Meinel, geb. 1981, Professor für Öffentliches Recht und Rechtsphilosophie an der Universität Würzburg. 2019 erschien *Selbstorganisation des parlamentarischen Regierungssystems. Vergleichende Studien zu einem Verfassungsproblem der Bundesrepublik Deutschland*. florian.meinel@uni-wuerzburg.de

Bernhard J. Dotzler, geb. 1963, Professor für Medienwissenschaft an der Universität Regensburg. 2017 erschien (zus. m. Silke Roesler-Keilholz) *Mediengeschichte als Historische Techno-Logie.*

Jan-Werner Müller, geb. 1970, lehrt Politische Theorie in Princeton. 2019 erschien *Furcht und Freiheit. Für einen anderen Liberalismus.*

Timo Luks, geb. 1978, Historiker, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Neuere Geschichte der Justus-Liebig-Universität Gießen. 2019 erschien *Schiffbrüchige des Lebens. Polizeidiener und ihr Publikum im neunzehnten Jahrhundert*. timo.luks@geschichte.uni-giessen.de

Wolfgang Fach, geb. 1944, Professor emeritus für Politikwissenschaft an der Universität Leipzig. 2016 erschien *Regieren: Die Geschichte einer Zumutung*; 2020

Trump – ein amerikanischer Traum? Warum sich Amerika verwählt hat. wfach@aol.com

Patrick Eiden-Offe, geb. 1971, Literatur- und Kulturwissenschaftler. – Bei dem Beitrag handelt es sich um einen bearbeiteten Auszug aus dem Buch *Hegels Logik lesen. Ein Selbstversuch*, das im Oktober erscheinen wird. eiden-offe@zfl-berlin.org

Maike Salazar Kämpf, geb. 1990, Doktorandin im Fach Psychologie an der Universität Leipzig. maike.salazarkaempf@gmail.com

Susanne Neuffer, geb. 1951, Autorin. 2019 erschien *Im Schuppen ein Mann. Erzählungen*. www.susanne-neuffer.de

Robin Detje, geb. 1964, lebt als Autor, Literaturübersetzer und Teil der Künstlergruppe bösediva in Berlin. Twitter: @robindetje

Zu diesem Heft

»Die Aufklärung hat mit Wirtschaft mehr zu tun, als man denkt.« So lakonisch der Essay von Heinrich Bosse im Dezemberheft des vergangenen Jahres begann, so spannend und vielschichtig war das ideengeschichtliche Panorama, das er darin entfaltete. Ausgangspunkt der modernen politischen Ökonomie, so Bosse, ist das Missverhältnis zwischen öffentlichen Ausgaben und Einnahmen, das insbesondere die repräsentationstrunkenen Fürstenhöfe chronisch beschäftigt. Die mit der Lösung des Problems befassten Theoretiker sehen den Schlüssel dazu in einer allgemeinen Steigerung der wirtschaftlichen Produktivität. Propagiert wird diese Effizienzinitiative von oben als Teil des aufklärerischen Projekts der »Verbesserung aller menschlichen Zustände«. Spätestens gegen Ende des 18. Jahrhunderts stellt sich allerdings heraus, dass die neu freigesetzten ökonomischen Potentiale im Rahmen einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung nur sehr bedingt mit dem allgemeinen Wohl korrespondieren.

Im zweiten Teil seines Essays zeichnet Bosse detailliert nach, weshalb der lautere reformatorische Impetus des methodisch betriebenen ökonomischen Räsonnements der Aufklärung geradewegs ins Leere läuft: Aus der Perspektive einer konsequenten Wertschöpfungslogik verwandeln sich »die Gaben der Natur in nützliche Dinge, das heißt in Ressourcen, und in quantifizierbare Dinge, das

heißt in Faktoren einer Rechnung, und schließlich in die Posten einer Bilanz«. Diese Verwandlung zeitigt ungeahnte Folgen nicht nur auf der Ebene des Gemeinwesens, sondern für jeden Einzelnen, insofern jeder Wirtschaftsteilnehmer fortan dazu gezwungen ist, sich als *homo oeconomicus* zu begreifen. Die Ausgangsfrage, wie die Steigerung der Produktivität die Wohlfahrt aller befördern könnte, rückt dadurch zwangsläufig in den Hintergrund.

CD/EK

Beiträge

Albrecht Koschorke

Twitter, Trump und die (Ent)Demokratisierung der Demokratie

Die durch den Streit zwischen Trump und Twitter ausgelöste Debatte liest sich wie ein Testfall für die Überlegungen zur (Ent)Demokratisierung der Demokratie, die Philip Manow in Aufsätzen für den *Merkur* entwickelt und kürzlich bei Suhrkamp in einem Essay gleichen Titels zusammengeführt hat.[1]

Manow zufolge ist die Herausforderung des politischen Betriebs durch populistische Bewegungen so zu verstehen, »dass wir es zunächst eigentlich mit einer Krise der Repräsentation, nicht aber mit einer Krise der Demokratie zu tun haben«. Sie sei bedingt durch eine »massive Ausweitung politischer Partizipationschancen«, mit anderen Worten durch Entwicklungen hin zu einer demokratischeren Demokratie. So habe sich in den vergangenen zweihundert Jahren das allgemeine und gleiche Wahlrecht schrittweise gegen frühere Beschränkungen durchgesetzt, wenngleich nicht überall mit voller Konsequenz.

Doch nicht nur die formale Möglichkeit einer Teilhabe am politischen Prozess wurde erweitert. Auch die politische Kultur durchläuft einen nachhaltigen Wandel, wie Manow

am Beispiel des in Demokratietheorien oft vernachlässigten Parteienwesens zeigt. Er spricht von der »Krise der politischen Organisationsform Partei«. Sie ist zum einen am Niedergang der Volksparteien ablesbar, die ihre Rolle als Sachwalterinnen einer treuen Stammwählerschaft einbüßen, zum anderen an dem wachsenden Gewicht von aktivistischen *pressure groups* bei der Willensbildung und Kandidatenauswahl: »nicht mehr top-down, sondern bottom-up, immer weniger an die formale Parteimitgliedschaft gebunden, sondern stärker an kurzfristigen Mobilisierungseffekten orientiert, nicht mehr hierarchisch, sondern dezentral, nun völlig ›demokratisch‹, ohne den Einfluss von Repräsentanten mächtiger Interessen«.

Dies hat zur Folge, dass die Parteioberen wie überhaupt der Parteiapparat ihre moderierende Rolle bei der Aushandlung politischer Kompromisse nicht mehr im bisherigen Umfang wahrnehmen können. Hinterzimmer und Delegiertenkonferenz verlieren an Einfluss und weichen Verfahren wie der Mitgliederbefragung, die in den internen Abläufen der Parteien ein plebiszitäres Element verankern. In denselben Kontext ist die *rally* als nurmehr akklamative statt deliberative Form der Konsenserzeugung unter Anhängern zu stellen.[2]

Zugleich haben sich bekanntlich die Medienbedingungen tiefgreifend verändert. »Erst arbeitsintensive, dann zunehmend kapitalintensive Formen der politischen Massenmobilisierung, die im 20. Jahrhundert die besondere Durchschlagskraft der politischen Organisationsform Massenpartei begründet hatten«, schreibt Manow, »werden im Netz schlagartig durch äußerst billige Formen der politischen Handlungskoordinierung mit hoher Multiplikatorwirkung ersetzt.« Dadurch werden auch

soziale Medien wie Twitter Foren einer in Manows Verständnis demokratisierten Teilhabe am politischen Geschehen. Sie senken die Hürde für eine Mitwirkung am öffentlichen Diskurs durch Personen und Schichten, die in der kuratierten Öffentlichkeit der klassischen Medien zu keiner eigenen Stimme gelangten. Umgekehrt schwindet die Lenkungsmacht professioneller Verlautbarungsautoritäten, die sich nach ihrem herkömmlichen Rollenverständnis nicht nur als *gatekeeper* zu den Zentralen der Meinungsmacht in Gestalt von Zeitungen und Sendeanstalten, sondern auch selbst als Repräsentanten der öffentlichen Meinung, ja, mehr noch: der öffentlichen Vernunft betrachten. Auch hier zieht also die Verallgemeinerung der *Partizipation* eine Krise der *Repräsentation* nach sich, einschließlich der Delegitimierung des zugehörigen Personals.

Neue Leitmedien

Mediengeschichtlich handelt es sich nicht um den ersten Umbruch dieser Art, und in mancher Hinsicht wiederholt sich heute nur, was in anderen Schwellenphasen schon einmal ganz ähnlich ablief: Neben die Diskursmacht der Etablierten treten andere Kanäle und Rollenprofile, bilden sich neue Sprechweisen und neue Formen der Veröffentlichung und Adressierung heraus, die innerhalb kürzester Zeit ein hohes Maß an sozialer Dynamik entfachen. Vor allem zwei historische Parallelen springen ins Auge: zum einen die Reformationszeit mit ihren durch die Verbreitung des Buchdrucks schnell und günstig zu vervielfältigenden Flugschriften, Sendschreiben oder Predigten; zum anderen die Epoche der europäischen Aufklärung mit ihrer ausufernden Publizistik. Dazu zählen

die vielen kurzlebigen Zeitschriften der »hellen« Aufklärung als Vorwegnahme der heutigen *blogosphere* ebenso wie die wüsten Schmähschriften samt pornografischem Schund, die am Vorabend der Französischen Revolution kursierten und ihren Teil zur Aufheizung der politischen Atmosphäre beitrugen.[3]

Auf welche Merkmale kann sich ein solcher historischer Vergleich stützen? In allen drei Fällen kommt es zu einem Angriff auf bis dahin bestehende Informations- und Wahrheitsmonopole. In allen Fällen wächst neben ihnen und gegen sie eine neue, mit zunehmendem Sendungsbewusstsein ausgestattete Kommunikationselite heran, die sich besser als das bisherige Establishment darauf versteht, die veränderten massenmedialen Bedingungen zu nutzen. Weil die jeweils neuen Medien ihre Adressaten auf kürzeren Wegen erreichen, als dies zuvor möglich war – sei es in Gestalt von volkssprachlichen illustrierten Einblattdrucken in der Frühen Neuzeit; sei es durch das in die Breite wirkende Moralschrifttum der Aufklärung und den damals seinen Siegeszug antretenden Roman; sei es durch in die Welt gestreute Tweets –, und weil sie auf je eigene Weise einem Ideal unmittelbarer Kommunikation huldigen, disponieren sie ihre Nutzer zu Misstrauen und Feindseligkeit gegenüber intermediären Instanzen. Ihrerseits stiften sie eher lose Formen der Kollektivierung mit einem geringen Grad an festen Hierarchien. Ihre soziale Basis bildet die auf Autonomie bedachte Gemeinde, die sich von einem Geist beseelt weiß, der aus dem Medium entsteht. Aus diesem Blickwinkel erhält die Geschichte der westlichen Schriftmedien im Übrigen eine konfessionelle Note. Es ist der lange Atem des Protestantismus, der sie durchweht – von der Gemeindefrömmigkeit der Reformation bis hin zu den

spirituellen *communities* der kalifornischen Gründerjahre der digitalen Revolution.[4]

Als Instrumente der Ermächtigung sind solche disruptiven Mediennutzungssysteme naturgemäß für solche Bevölkerungsgruppen oder Schichten attraktiv, deren Anliegen bis dahin nur eine geringe öffentliche Aufmerksamkeit fanden. Die genannten Medienumbrüche gehen deshalb, jeder auf seine Weise, mit einem Auftrieb von Laienbewegungen und popularkulturellen Strebungen einher. Vor allem bieten sie sich an, um einer bis dahin unterdrückten oder unartikuliert gebliebenen Empörung endlich Luft zu verschaffen. Mit einem treffenden Anachronismus hat man etwa von den »Wutbauern« um 1500 gesprochen.[5] Auch die publizistische Radikalisierung am Vorabend der Französischen Revolution ging nicht allein von den philosophischen Verfechtern serener republikanischer Ideale aus, sondern zugleich von einer in jenen Jahren schnell anwachsenden Gruppe um ihren Tagelohn schreibender »Untergrundliteraten«, die sich mit einer Mischung aus Missgunst, Verachtung und Voyeurismus auf Adel und Klerus einschossen. Die erweiterte Lizenz zu sprechen lässt Ressentiments freien Raum, die nach Max Schelers Nietzsche präzisierender Bestimmung vor allem dort gedeihen, wo zwischen formaler Teilhabe und faktischer Ohnmacht ein Abstand klafft.[6]

Dies führt dazu, dass sich die Anpassungsrichtung des Diskurses verändert. Die neuen Leitmedien sind den Regularien der herkömmlichen Elitenkommunikation nicht mehr verpflichtet und öffnen sich für »volksnähere« Sprechweisen, die auf dem Weg einer »Anpassung nach unten«[7] schnell ins offen Vulgäre übergehen. Wenn Redeordnungen, um wieder mit Manow zu argumentieren,

sich auf eine doppelte Restriktion gründen – derjenigen, die sprechen dürfen, und desjenigen, was gesagt werden darf –, dann ermutigen neue Mediennutzungssysteme dazu, beide Grenzziehungen aufzuweichen. Dieser Vorgang lässt gegensätzliche Sichtweisen zu: Die einen verstehen ihn als befreienden Akt und als Aufsprengung eines Kartells von Privilegierten; die anderen sehen Unberufene in eine schützenswerte Welt des gepflegten Diskurses eindringen. Für sie stellt sich mit anderen Worten das Problem des Pöbels,[8] das jede Anrufung des Volkes wie ein Schatten begleitet. Weshalb die fundierende Unterscheidung repräsentativer Demokratien seit den US-amerikanischen und französischen Verfassungsdebatten des 18. Jahrhunderts bekanntlich darin besteht, das »Volk« vom »Pöbel«, sprich: von sich selbst, zu distanzieren.[9]

Vor diesem Hintergrund erscheint der Disput um die politische und zivilisatorische Rolle der *social media*, wie er heute geführt wird, lediglich als Aktualisierung einer periodisch wiederkehrenden Konstellation. Auch die Ablaufdynamik der betreffenden Debatten ist vergleichbar. Anfangs löst der medientechnische Umbruch regelmäßig einen utopischen Überschwang aus, nährt Hoffnungen auf eine verallgemeinerte Teilhabe am Wissens- und Symbolbestand der Gesellschaft, auf einen breiteren und unmittelbareren Zugang zu Gott, zur Wahrheit, zur Macht; ihm gesellt sich das Versprechen zu, die Menschen zu größerer Autonomie hinzuführen und aus der Vormundschaft bestallter Wortführer heraustreten zu lassen. Bald aber wächst die Einsicht in die zerstreuenden und dysfunktionalen Effekte des jeweiligen neuen Mediengebrauchs und vor allem das Erschrecken über ein plötzlich zutage tretendes Unmaß an Aggression, Misstrauen, Ressentiment und Vulgarität. Diese negative

soziale Energie mochte schon vorher im Umlauf gewesen sein, wenngleich mit geringerer Durchschlagskraft und Reichweite. Doch erst über die neuen kommunikativen Kanäle gelangt sie in den »offiziellen« Kommunikationsraum der Gesellschaft und verschiebt dort die Gewichte.

Vor allem wird früher oder später erkennbar, dass die Verallgemeinerung der Kommunikationsmittel keineswegs einen gleichmäßigeren Zugang zur Wahrheit nach sich zieht. Im Gegenteil, es bilden sich neue, oft aus ihrer vormaligen Minderheitenposition heraus radikalisierte Macht- und Meinungskartelle, die in der durch den Medienpluralismus entfesselten Konkurrenz um Aufmerksamkeit zu militanten Haltungen neigen. Da die Nutzung neuer Kommunikationsmittel zumindest anfangs in besonderer Weise inkludierend und identitätsstiftend wirkt, fördert sie die Bildung von Gesinnungsgemeinschaften mit teilweise konspirativem Charakter, die sich ihrerseits durch Konspirationsfantasien nach außen abschirmen. Bei allen kontextbedingten Unterschieden stimmen auch hierin die aus der Reformation heraus entwachsenen konfessionellen Gemeinschaften oder die aufklärerischen Geheimbünde mit heutigen Gruppenbildungen in den *social media* überein.

So wachsen partikulare Kollektive heran, die gleichwohl einen absoluten Wahrheitsanspruch erheben. Die sich unausweichlich ergebenden Konflikte rufen wiederum regelmäßig die Frage hervor, wie trotz der Pluralität von Stimmen soziale Verbindlichkeit hergestellt werden kann. Im Mediennutzungssystem um 1500 antwortete man darauf mit einer neuerlichen, aber nun allein auf die Bibel und nicht auf den Vorlauf kirchlicher Autoritäten gestützten Dogmatisierung. Auf die Vervielfältigung der

Autorschaftspositionen im Kontext der Leserevolution des ausgehenden 18. Jahrhunderts reagierte man in Deutschland durch schulische Curricula und literarische Kanonisierung (ein Prozess, dem wir die Weimarer Klassik verdanken). Hier wie dort zielten die Bestrebungen darauf ab, die erweiterte Teilhabe am kommunikativen Geschehen, sowohl auf der Produzenten- als auch auf der Rezipientenseite, von unerwünschten Effekten zu reinigen und normativ zu stabilisieren. Kurz, es ging darum, einen funktionellen Ersatz für die alten Instanzen der Kontrolle des öffentlich Sagbaren zu finden.

Dritte Instanzen

Genau in dieser Phase befindet sich die aktuelle Debatte um Twitter, Facebook & Co. Das Geschäftsmodell dieser Unternehmen beruht auf dem Versprechen, jedermann freien, ungefilterten und kostenlosen Zugang zur Autorschaft, das heißt zur aktiven Teilhabe an der durch das Medium hergestellten Öffentlichkeit, zu verschaffen. Rein optisch verheißen die Sozialen Medien also die Erfüllung eines alten egalitären Traums. Vorgeblich zählt jede Stimme, jeder Account gleich viel, und es ist dem offenen Wettbewerb um Aufmerksamkeit, um Freundschaft oder Gefolgschaft überlassen, wer es zu größerer Geltung auf dem Markt der Trends und Meinungen bringt. Der freien Expressivität jedes einzelnen Nutzers scheinen keine Grenzen gesetzt, weder durch knappe kommunikative Ressourcen noch durch zwischengeschaltete Mittlerfiguren – seien es Diskurswächter oder Fürsprecher, die sich an die Stelle derjenigen setzen, deren Sichtweise sie zu vertreten behaupten. Hier kommt das Prinzip einer »Partizipation ohne Repräsentation«, das Manow als Telos